



Härtetest für Nachhaltige

Pflanzenschutz-Initiativen / IP-Suisse und Bio Suisse gehen verschieden mit der Herausforderung um.

BERN Die Pflanzenschutz-Initiativen stellen die Nachhaltigkeits-Label IP-Suisse und Bio Suisse vor grosse Herausforderungen.

Unterschiedliche Reaktion

Sie haben zwar hohe Umwelt-Ansprüche in ihren Richtlinien verankert, aber die Volksbegehren werden von der Basis grossmehrheitlich abgelehnt oder sind dort mindestens umstritten.

Die beiden Organisationen reagieren unterschiedlich auf dieses Dilemma, wie die kurzen Interviews mit Fritz Rothen von IP-Suisse und mit Urs Brändli, Präsident von Bio Suisse zeigen.

IP-Suisse lehnt sowohl die Initiativen wie auch einen Gegenvorschlag ab. Gefragt ist laut Rothen statt einer Verschärfung der Gesetze ein ausgewogener Mix aus Direktzahlungspro-

grammen und privaten Initiativen zur Abgeltung des Mehraufwands der Bauern. Bio Suisse hat derweil noch keinen Entschluss gefällt in Sachen Initiativen und bedauert den Verzicht auf den Gegenvorschlag.

Im Rat am 19. und 20. Juni

Nächste Etappe im Ringen um die Initiativen ist die Parlamentsdebatte vom 19./20. Juni. *akr*



«Abnehmer müssen mitzahlen»

Fritz Rothen, was ist die Haltung von IP-Suisse zu den beiden Pflanzenschutz-Initiativen?

Fritz Rothen: Der Vorstand hat an seiner jüngsten Sitzung noch einmal bekräftigt, dass IP-Suisse die beiden Initiativen ablehnt. Diese Begehren wären ein klarer Rückschritt für die ganze Landwirtschaft.

Wie ist die Haltung zur Frage eines Gegen-vorschlags?

Auch diese Frage haben wir noch einmal eingehend erläutert und beschlossen, dass es keinen Gegenvorschlag auf Gesetzesstufe braucht.

Warum?

Wir unterstützen die geplanten Vorhaben in der Agrarpolitik 2022+, so wie etwa den Produktionssystembeitrag. Dazu braucht es weitere Massnahmen, aber nicht auf Gesetzesstufe, so sollen die Landwirte entschädigt werden für einen Verzicht auf PSM.

Warum keine Regelung auf Gesetzesstufe?

Wenn wir alles auf Gesetzesstufe regeln und entsprechende Beiträge des Bundes beschliessen, werden sich Verarbeiter und Handel fragen, warum sie die zusätzlichen Nachhaltigkeits-Anstrengungen

NACHGEFRAGT



Fritz Rothen

Fritz Rothen ist Geschäftsführer von IP-Suisse.

der Produzenten überhaupt noch mitfinanzieren sollen, wenn man sie zum Nulltarif erhält. Dafür gibt es bereits Anschauungsbeispiele.

Wie sollen die Nachhaltigkeits-Anstrengungen denn abgegolten werden?

Es braucht eine kombinierte Abgeltung von öffentlicher Hand und Privatwirtschaft, das heisst, auch die Verarbeiter, der Handel und die Konsumenten sollen dafür bezahlen und nicht nur der Steuerzahler.

Wird sich IP-Suisse an der Gegenkampagne beteiligen?

Wir unterstützen den SBV bei seiner Kampagne und bei Bedarf werden wir auch öffentlich hinstehen. *Interview akr*



«Vernünftige Alternative bieten»

Urs Brändli, was ist die Haltung der Bio Suisse zu den Pflanzenschutz-Initiativen?

Urs Brändli: Über die Parolen entscheidet die DV voraussichtlich im November. Die Biobauern sind von den Initiativen stark betroffen. Derzeit fehlen uns noch wichtige Informationen – so die Interpretation der Initiativen durch das Parlament und auch die beiden Forschungsarbeiten von Agroscope über die Auswirkungen der Trinkwasser-Initiative.

Sind Sie dafür oder dagegen?

Der Biolandbau hat einen umfassenden Ansatz. Wir sollten deshalb nicht in dafür oder dagegen denken, sondern aufzeigen, wie wir die aktuellen Herausforderungen der Land- und Ernährungswirtschaft anpacken wollen. Wir wollen auch dem Aspekt Rechnung tragen, dass hoffentlich alle Unterzeichner der Initiativen regelmässigen Bio-Konsumenten sind.

Wie ist die Stimmung unter den Biobauern?

Beide Initiativen kranken an der gleichen Schwäche, nämlich dass sie die nötige Verhaltens-Änderung der Konsumenten nicht thematisieren. Bei der Trinkwasser-Initiative ist dies noch viel stärker der Fall als bei der Pestizid-Verbotsinitiative. Sie will alles der Land-

NACHGEFRAGT



Urs
Brändli

Urs Brändli ist Landwirt und Präsident von Bio Suisse.

wirtschaft aufbürden, deshalb ist sie unter den Bauern auch viel stärker umstritten, was ich so höre.

Wie stehen Sie zur Frage des Gegenvorschlags?

Ich bin der Meinung, dass ein Gegenvorschlag dem Parlament die Gelegenheit bietet, eine vernünftige Alternative zu den Initiativen zu präsentieren. Die Versprechen des Aktionsplans müssen politisch gesichert sein, bevor über die Initiativen abgestimmt wird. Ein Gegenvorschlag schlägt eine Brücke zu den berechtigten Anliegen der Initianten und ermöglicht eine kalkulierbare Weiterentwicklung der Land- und Ernährungswirtschaft. *Interview akr*